

# Land genehmigt die Zonen für Windräder

Jetzt gilt: Der Vorsorgeabstand muss 800 Meter betragen

Das saarländische Innenministerium hat die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Regionalverband genehmigt und damit der Erweiterung der Vorsorgeabstände von 650 Meter auf 800 Meter zugestimmt.

**Regionalverband.** Dank der Entscheidung des Innenministeriums herrscht jetzt Klarheit für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für potenzielle Anlagenbetreiber. Das teilt der Regionalverband mit.

Regionalverbandsdirektor Peter Gillo erklärt: „Somit existiert im Regionalverband, der gleichzeitig Planungsverband für seine zehn Städte und Gemeinden ist, das einzige gemeindeübergreifende Standortkonzept für Windenergieanlagen im Saarland.

Unsere Planung gewährleistet mehr Bürgerschutz durch größere Vorsorgeabstände, berücksichtigt gleichzeitig aber auch die Belange der Windenergie.“ Das Konzept sieht insgesamt acht Konzentrationszonen vor, die zusammen rund 162 der insgesamt 41 100 Hektar des Regionalverbandsgebietes ausmachen. Außerhalb dieser Zonen dürfen keine Windräder gebaut werden. Ob, wann und wie viele Windenergieanlagen innerhalb der Konzentrationszonen in den nächsten Jahren errichtet werden, liegt nun im Einflussbereich der Flächeneigentümer und bauwilliger Interessenten. Die Schätzungen beim Regionalverband gehen von etwa 20 Anlagen aus, die hier in den nächsten Jahren entstehen könnten. Diese können aber

20

Windräder könnten in den nächsten Jahren im Regionalverband entstehen.

Quelle: Regionalverband

teilten Baugenehmigung sowie einer Prüfung durch das Landesamt für Umwelt und Arbeitsschutz wirklich errichtet werden. Dabei wird genauestens geprüft, ob etwa der Schallschutz eingehalten wird oder das Vorhaben mit dem Naturschutz kollidiert. Der Regionalverband legt damit nach der Potenzialstudie für Photovoltaikfreiflächenanlagen und dem Solardachflächenkataster einen weiteren wichtigen Baustein zur Sicherung der Energiegewinnung durch erneuerbare Energieträger vor. Wie Gillo betont, kommt bei diesen und vielen weiteren Themen der interkommunalen Abstimmung sowie der gemeinsamen Planung und Steuerung eine immer wichtigere Rolle zu: „Der Kooperationsrat als politisches Gremium, in dem die

Rathauschefs der Städte und Gemeinden und Vertreter der Stadt- und Gemeinderäte sitzen, leistet hier einen wichtigen Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Region Saarbrücken, den es zukünftig noch stärker auszubauen gilt.“ Mit der Einzelhandels- und der aktuell begonnenen Gewerbe- und Industrieflächenuntersuchung liefern derzeit zwei weitere Projekte mit den Städten und Gemeinden, die der Regionalverband als Dienstleister für seine Kommunen bearbeitet.

Die Windkraftplanung sei eines der größten Planungsprojekte in der über 40-jährigen Geschichte des Regionalverbandes gewesen und Ergebnis eines vierjährigen interkommunalen Verfahrens unter Beteiligung der Behörden sowie



Windräder müssen nicht unbedingt Konzentration...